

An Vertreterinnen und Vertreter der
SPD, Die Linken und Bündnis 90/Die Grünen
im Land Berlin

ver.di Berlin-Brandenburg
Köpenicker Str. 30
10179 Berlin

Telefon: 030 / 88 66 -6
Telefax: 03 0 / 88 66-4999

**Koalitionsvereinbarung:
Bezahlung von VHS-Dozent*innen wie Lehrkräfte mit
vergleichbarer Qualifikation und Tarifvertrag für
arbeitnehmerähnliche VHS-Dozent*innen**

Datum	06.10.2016
Unsere Zeichen	stu/ap
Fax	030/ 88 66 - 4900
Durchwahl	-4100/-5304
Internetadresse	http://www.vhs-tarifvertrag.de/

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr politischer Einsatz und Ihr engagiertes Auftreten im Wahlkampf wurde von den Wählerinnen und Wählern gewürdigt: Wir gratulieren Ihnen zum Wahlergebnis, das Ihnen politische Verantwortung und damit Gestaltungsmöglichkeiten für die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Berlinerinnen und Berliner in der neuen Legislaturperiode einräumt.

Wir freuen uns auch sehr über Ihre positiven Rückmeldungen auf unsere *Wahlprüfsteine VHS-Dozent*innen* im Vorfeld der Wahlen [Synopse: <http://www.vhs-tarifvertrag.de/>]. Wir sehen mit Ihrer angestrebten Regierungskoalition die historische Möglichkeit, die im Wesentlichen politisch gestalteten Arbeitsbedingungen der VHS-Dozent*innen endlich gravierend zu verbessern.

Wir bitten Sie daher, sich in den Koalitionsverhandlungen und darüber hinaus für substantielle Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für VHS-Dozent*innen und auch der Musiklehrkräfte einzusetzen, letztere streben ähnliche Verbesserungen mit dem Senat an.

Unser Formulierungsvorschlag für den Koalitionsvertrag lautet:

Die Volkshochschulen sind ein wichtiger Bestandteil der Berliner Bildungslandschaft. Ihre Lehrkräfte ermöglichen ein breites und hochwertiges Programm. Für die Integration von Zugewanderten sind sie unverzichtbar. Damit die Volkshochschulen ihren wachsenden Anforderungen auch künftig gerecht werden können, ist eine verlässliche finanzielle und personelle Ausstattung notwendig. Die prekäre Beschäftigung der VHS-Dozent*innen wird beendet.

In einem ersten Schritt werden **alle Dozent*innen, deren Aufgaben einen akademischen Abschlusserfordern, wieder gleich bezahlt.** Ihr Honorar wird auf das der Deutschdozent*innen in Integrationskursen angehoben. Die Anhebung der VHS-Honorare auf dieses Niveau wird im Berliner Nachtragshaushalt verankert.

Begründung: Dozent*innen in Integrationskursen, die auch an der VHS arbeiten, erhalten aus Bundesmitteln seit dem 1.7.16 pro Unterrichtseinheit 35 € (zuzüglich Berliner Zuschlägen zur Sozialversicherung plus Urlaubsentgelt). Das ist fast ein Drittel mehr als für andere VHS-Dozent*innen (26,79 € pro UE plus Zuschlägen) z.B. in Deutschkursen für Geflüchtete, für Eltern, Deutsch Mittel- und Oberstufe, in Fremdsprachen- oder IT-Kursen. Die ungleiche Bezahlung von gleicher Arbeit sorgt für Unfrieden und muss sofort beendet werden.

Zudem werden die Senatszuschläge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerähnliche sofort wieder – wie bis 2004 üblich - als steuerfreie Zuschüsse ausgewiesen.

In einem zweiten Schritt wird die **Bezahlung der VHS-Dozent*innen wird wieder an das Bezahlungsniveau vergleichbarer angestellter Lehrkräfte im öffentlichen Dienst von Berlin angepasst.** Die Honorarhöhe entsprach bis 1992 für Dozent*innen, deren Aufgaben einen akademischen Abschluss erfordern, der Vergütungsgruppe BAT III (heute Entgeltgruppe 11). Das wären ca. 60 Euro je Unterrichtseinheit für die VHS-Honorardozent*innen (EG 11, Stufe 5).

Das Land Berlin entwickelt mit den Dozent*innen und ihren Gewerkschaften ver.di und GEW die sozialen Standards des Berliner VHS-Modells für arbeitnehmerähnliche Beschäftigte weiter.

Hierzu gehören u.a. die Einführung des Mutterschutzes und Wiedereinstiegsrecht nach der Elternzeit, eine Ausdehnung der Ausfallzahlung bei Krankheit für arbeitnehmerähnlich beschäftigte VHS-Dozent*innen auf 100 Prozent des Honorarausfalls, die Aufhebung der Sechs-Wochen-Beschränkung der Ausfallzahlung bei Krankheit, Streichung der drei Krankenkarenztage als auch die Einführung einer VHS-Dozent*innen-Vertretung, die mit Interessensvertretungsrechten ausgestattet wird. Dozent*innen, die jetzt schon arbeitnehmerähnlich sind oder solche, die Regelaufgaben der VHS durchführen, erhalten die Option, fest und unbefristet eingestellt zu werden.

Das Land Berlin beabsichtigt, hierzu Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften aufzunehmen.

Für nähere Erläuterungen und zur Fortführung des Dialogs werden Mitglieder der Berliner VHS-Dozent*innenvertretung mit Ihnen Kontakt gern aufnehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Susanne Stumpfenhusen
ver.di Berlin-Brandenburg
Landesbezirksleiterin



Tom Erdmann
GEW Berlin
Vorsitzender

Hintergrund: Etwa 830 von 3500 Berliner VHS-Dozent*innen arbeiten hauptberuflich in permanentungesicherten freiberuflichen Auftragsverhältnissen. Sie leiten Fremdsprachen-oder Computerkurse, geben Kunstunterricht und lehren Deutsch als Zweitsprache bzw. Fremdsprache. Sprachförderung für Migrant*innen ist eine gesellschaftliche Schlüsselaufgabe. Umso erstaunlicher ist es, dass die Arbeit der Lehrkräfte weder angemessen bezahlt noch abgesichert wird. Bei Vollzeitarbeit bleiben nach Abzügen pro Monat nur etwa 1300 Euro übrig. Die Aussichten fürs Alter sind düster. Bei etwa 35-jähriger hauptberuflicher Vollzeittätigkeit für die VHS liegen die Rentenbescheide um die 500 Euro pro Monat. Deutlich unter der Grundsicherung.